



Stadt will Verbot neuer Ölheizungen

Klimapolitik Ein Verbot neuer Ölheizungen würde die Stadt Bern der Klimaneutralität einen grossen Schritt näher bringen. Doch kantonales und nationales Recht lassen dies bisher nicht zu.



Neue Ölheizungen sind fatal für die Klimaziele, weil sie wieder 20 bis 30 Jahre lang Klimagase produzieren. Foto: Keystone

Christoph Aebischer

Die Stadt Bern will 15 Jahre früher am Ziel ankommen, das sich die internationale Staatengemeinschaft in Paris gesteckt hat und mit dem die globale Erwärmung auf unter zwei Grad beschränkt werden soll. Im Frühjahr 2019 skizzierte die Stadtre-

gierung, wie Bern bis 2035 klimaneutral werden soll. Der Massnahmenkatalog ist entsprechend lang und enthält unpopuläre Ziele. Zum Beispiel soll die Zahl öffentlicher Parkplätze halbiert werden. Und Ölheizungen sollen lieber früher als später aus der Stadt verschwinden. Dass

Bernmobil komplett auf Elektrobusse umstellt, dürfte hingegen weniger Zündstoff bergen.

Verkehr und Gebäude verursachen gemäss der nationalen CO₂-Statistik rund 60 Prozent der klimaschädigenden Gase. Auf städtischem Gebiet dürfte der Anteil grösser sein. Darum will



«Wir erwarten, dass die Stadt nicht in Eigenregie handelt.»

Stefan Studer
Vorsteher des
kantonalen Tiefbauamts

die Regierung in diesen Sektoren vorwärts machen. Sie fordert, dass auch Bund und Kanton sich hohe Reduktionsziele setzen, und bemängelt, dass übergeordnetes Recht die Stadt bei der Umsetzung ihrer Ziele behindere. Beispielsweise erwartet sie explizit, dass der Einbau neuer Ölheizungen verboten wird. Adrian Stiefel, Leiter des städtischen Umweltamts, würde das begrüßen. «Würden wir ab sofort alle Ölheizungen, die älter als 25-jährig sind, mit auf erneuerbaren Energien basierenden Systemen ersetzt, könnten wir im Gebäudesektor allein damit die Zwischenziele von 2025 erreichen», sagt er. Stattdessen würden weiterhin alte durch neue Ölheizungen ersetzt, die dann wieder 20 bis 30 Jahre lang mit fossilen Brennstoffen Wärme erzeugten. Schlecht für die Stadt war insbesondere, dass das Stimmvolk vor einem Jahr die Revision des kantonalen Energiegesetzes abgelehnt hatte (siehe Text rechts).

Bund bereitet Verbot vor

Ulrich Nyffenegger, Leiter des kantonalen Amtes für Umweltkoordination und Energie, versteht zwar die Sorgen Berns, entgegnet aber: «Indirekt kann die Stadt einiges bewirken.» Via Baureglement und Energierichtplan könne der Einbau neuer Ölheizungen in vielen Fällen unterbunden werden. Zudem werde auf Bundesebene 2020 das CO₂-Gesetz revidiert. Es könnte praktisch ein Verbot von neuen Ölheizungen ab 2023 oder 2026 bringen. «Auch der frühere Termin würde dem in der kantonalen Energiestrategie skizzierten Absenkungspfad entsprechen», sagt Nyffenegger. Mit der Energiestrategie soll der Kanton bis 2050 klimaneutral werden, also 15 Jahre später als die Stadt Bern. Doch auch beim Verkehr fühlt sich die Stadt zu wenig frei. Was sie mit den öffentlichen Parkplätzen oder den kommunalen Strassen macht, ist zwar weitgehend ihr selber überlassen. Doch beim Bestreben der Stadtregierung, insbesondere den privaten Individualverkehr deutlich zu senken, erhebt die kantonale Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion den Mahnfinger. Die Auswirkungen reichten weit über die Stadt hinaus. «Wir erwarten, dass die Stadt nicht in Eigenregie handelt», sagt Stefan Studer, Vorsteher des kantonalen Tiefbauamts. Beim öffentlichen Verkehr wäre ein Alleingang zudem gar nicht möglich. Denn der Kan-

ton steuert als Besteller die Takt-dichte oder die Finanzierung neuer Fahrzeuge.

Eine unabhängige Expertenop-tik kann Reto Dettli von Econcept einnehmen. Er wirkte 2018 an einer Studie für Swisscleantech mit. Sie zeigte auf, was die Schweiz zusätzlich für den Klimaschutz tun könnte. Zudem berät er Gemeinden in dieser Thematik.

Der Preis wirds richten

Die Klage Berns, das übergeordnete Recht behindere sie an der Umsetzung ihres Absenkungspfad, hört Dettli dabei zuweilen auch. Doch Gemeinden hätten durchaus Spielraum, entgegnet er. Ausgeprägt etwa bei der Energieversorgung via Energierichtpläne oder Fernwärmeprojekte. Erleichtern wird diese Bemühungen, da gibt er der Stadt Bern recht, jedoch ein politischer Entscheid weiter oben: Wenn der zu erwartende Preis von Wärme aus fossilen Energien inklusive der CO₂-Abgabe klar kommuniziert würde, fiel der Umstieg auf erneuerbare Energien und Fernwärme leichter. Bei Heizungen ist dieser Anreiz im nationalen CO₂-Gesetz vorgezeichnet: «Der Bund sieht bei Brennstoffen eine Lenkungsabgabe vor, die Öl um rund 50 Prozent verteuern wird.» Damit mache für Hausbesitzer der Ersatz von Ölheizungen durch umweltfreundlichere Systeme auch wirtschaftlich Sinn.



Bund, Kanton und Stadt verfehlen die Klimaziele

Ein intensives Jahr mit Klimademos endete mit einer grünen Welle bei den nationalen Wahlen – und einem ernüchternden Klimagipfel in Madrid. Jetzt kurz nach dem Jahreswechsel ist die Zeit reif für Fakten – und für eine Zwischenbilanz. Denn per 2020 werden die ersten international verbindlichen Klimaziele fällig, vereinbart in Paris.

Doch auch hier bleiben die Resultate bescheiden. Weder Bund, Kanton noch die Stadt Bern haben die Klimaziele erreicht. Die Schweiz sollte ihre Treibhausgasemissionen eigentlich gegenüber 1990 um 20 Prozent senken. Gemäss Angaben des Bundesamts für Umwelt erfüllt nur der Sektor Industrie die Erwartungen. In den Bereichen Gebäude, Abwasser und Abfall und am deutlichsten beim Verkehr werden die gesteckten Zwischenziele hingegen verfehlt (Beim Verkehr hätten die Emissionen um 10 Prozent unter jenen von 1990 liegen sollen, bei Gebäuden um 40 Prozent und in der Industrie um 15 Prozent tiefer).

Für den Kanton Bern existieren keine Zahlen. Man nimmt an,

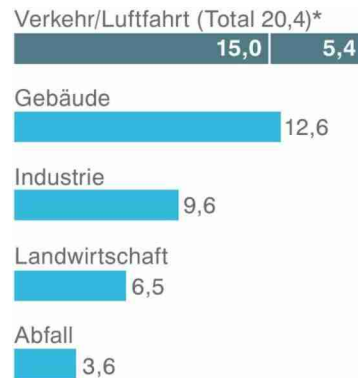
dass die nationale Bilanz in etwa auch auf das Kantonsgebiet zutrifft. Ein im Grossen Rat überwiesener Vorstoss soll diesen Blindflug beenden: Die Regierung muss nun verbindliche Etappenziele formulieren. Bis 2050 – und damit übereinstimmend mit den Zielen von Paris – soll der Kanton klimaneutral werden, das bedeutet eine Reduktion des mittleren Ausstosses an Treibhausgasen von heute 5,6 Tonnen pro Person und Jahr auf noch eine Tonne pro Person. Dies verlangt seit 2006 die behördenverbindliche Energiestrategie. Die Berner Stadtregierung formuliert in ihrem Positionspapier ein ambitionierteres Ziel: Bern soll bereits 2035 klimaneutral sein.

Im Unterschied zum Kanton weiss man auch ziemlich genau, wo man in Bezug auf die Zwischenziele von Paris steht: Bei den Gebäuden konnte der CO₂-Ausstoss gemäss eigenen Angaben gegenüber 1990 um über 36 Prozent reduziert werden, in der Industrie um über 14, in der Landwirtschaft um immerhin fast 10 Prozent, im Verkehr stieg

der Ausstoss jedoch – wachstumsbedingt – um fast 7 Prozent und im Bereich Abwasser und Abfall sogar um beinahe 92 Prozent an. Unter dem Strich resultiert ein Minus von etwas mehr als 12 Prozent, wobei die wesentlichen Anstrengungen seit 2008 laufen. (cab)

Verkehr verursacht fast 40 Prozent der Klimagase

Die Schweiz hat 2017 im Inland 52,7 Mio. Tonnen Treibhausgas ausgestossen (CO₂-Äquivalente). In Tonnen pro Sektor.



* Nur Hinflüge

Grafik: db / Quelle: Bundesamt für Statistik

Überraschende Wirkung

Der Kanton Bern verdoppelte im Sommer die Prämie für den Ersatz von Öl- und Elektroheizungen. Damit soll der Anreiz zum Ersatz wenigstens etwas verstärkt werden, nachdem das Stimmvolk am 10. Februar das Energiegesetz knapp abgelehnt hatte. Die Wirkung ist überraschend: Seit es 10 000

Franken pro Heizung gibt, schnellen die Zahlen in die Höhe. Jene im zweiten Halbjahr liegen 300 Prozent über jenen des ersten, wie Zahlen des Kantons zeigen. Ansonsten ist die kantonale Klimapolitik etwas in Verzug geraten. Primär liegt dies am Nein vom 10. Februar, hinzu kommt die per 2020 umgesetzte Direktionsreform. Die bisher für

Energie zuständige Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion wollte eigentlich bis Ende Jahr einen Plan mit Massnahmen für die Jahre 2020–2023 vorlegen. Nun hat der Energiebereich zur Volkswirtschaftsdirektion gewechselt. Der Plan soll Mitte Jahr folgen. (cab)